Das fragte die Tagesschau-Redaktion am 22. März 2025, also fünf Jahre nach Beginn der Pandemie. Siehe hier. Wir halten die Aufarbeitung in der Tat für dringend notwendig. Deshalb haben wir zwei kundige Persönlichkeiten mit eigener Covid-Erfahrung zum nächsten Pleisweiler Gespräch eingeladen: Felicia Binger und Christine Prayon. Angesichts der fortlaufenden Diskussion um diese Fragen erinnern wir an diesen Termin. Siehe hier: Samstag, 14. Juni, um 14 Uhr in Bad Bergzabern. Sie sind herzlich eingeladen. Allerdings bitten wir um Anmeldung. Diese werden wir bestätigen, wenn es noch Platz gibt.

Stand: 22.03.2025 09:15 Uhr

Vor fünf Jahren gab es in Deutschland den ersten Corona-Lockdown. Nach wie vor wird um die Aufarbeitung gerungen. Was sagen die Gesundheitsminister Spahn und Lauterbach dazu?

Es gibt Sätze, die im kollektiven Gedächtnis bleiben. CDU-Politiker Jens Spahn hat so einen Satz gesagt. Er war einer der prägenden Gesundheitsminister der Pandemie und hat schon früh vorhergesehen, „dass wir einander wahrscheinlich viel werden verzeihen müssen in ein paar Monaten“.

Doch auch Jahre später ist noch nicht klar, wer wem was genau verzeihen muss. Eine bundespolitische Aufarbeitung der Pandemie gibt es nicht. Einige gesellschaftliche Wunden sind längst nicht verheilt und auch politisch bleiben viele Fragen offen: Was hat Leben gerettet? Wo sind Fehler passiert? Was hat sich bewährt? Und was muss bei der nächsten Pandemie anders werden?

Der zweite prägende Gesundheitsminister der Corona-Zeit, SPD-Politiker Karl Lauterbach, hat ein paar Fehler eingeräumt. Etwa, dass er eine generelle Impfpflicht durchsetzen wollte: „Das wäre wahrscheinlich die falsche Entscheidung gewesen.“ Und, dass die Politik Kinder und Jugendliche nicht genug im Blick hatte: „Rückwirkend waren die Schulschließungen einfach zu radikal und die haben wir für zu lange durchgezogen.“

Ein Fehler, den viele Kinder und Jugendliche bis heute spüren. Sie haben Schwierigkeiten in der Schule, Angststörungen oder Depressionen. Und es gibt längst nicht genug Therapieplätze. Das Problem ist damit immerhin erkannt, die Folgen allerdings nicht behoben.